

## Haushaltsrede 2013

von Oliver Fröhling, CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mal wieder soweit, der Haushalt steht zur Verabschiedung an. Wir können froh sein, dass Lüdenscheid nicht unbedingt eine Hochburg des Karnevals ist, sonst wäre der Zeitpunkt, eine Woche vor Rosenmontag, wohl recht ungünstig gewählt. Denn viel Lustiges gibt es im Zusammenhang mit dem städtischen Haushalt nicht zu verkünden, wie wir alle wissen. Und auch den Lüdenscheidern wird es in diesen Tagen mehr als deutlich, dass es um die kommunalen Finanzen nicht rosig bestellt ist. Zum einen muss man nur über die Straßen fahren, die sich zum großen Teil in einem sehr desolaten Zustand befinden, wobei der Winter noch nicht einmal vorbei ist. Zum anderen machten die aktuell in die Briefkästen geflatterten Bescheide über die Grundbesitzabgaben deutlich, dass die Gebühren im Vergleich zum Vorjahr spürbar gestiegen sind.

Hinsichtlich der Straßen hat die CDU, und hier allen voran Bernd-Rüdiger Lührs, in den vergangenen Jahren immer und immer wieder mehr Geld für den STL zur Instandhaltung gefordert, leider vergebens. Im Gegenteil, die Mittel sind im Laufe der Zeit deutlich weniger geworden.

Und auch wenn sich bei der aktuellen Haushaltssituation die Erhöhung von Steuersätzen nicht gänzlich vermeiden ließ, bin ich doch froh, dass die CDU im Rahmen der Kompromisse bei der HSK-Beratung höhere Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer, wie dies von der Ampel und der Verwaltung ursprünglich geplant war, verhindern konnte.

Viel Neues gibt der vorliegende Haushaltsplanentwurf allerdings nicht her, was auch nicht wirklich überrascht. Schließlich haben wir erst vor einigen Monaten das HSK mit breiter Mehrheit auf den Weg gebracht. Der Haushalt 2013 ist daher eine Fortschreibung unter Berücksichtigung der HSK-Maßnahmen.

Wie wir in den vergangenen Wochen im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2013 feststellen konnten, ist der Gestaltungsspielraum aufgrund der finanziellen Situation im Vergleich zu früheren Beratungen sehr klein geworden.

Mit den im Hauptausschuss verabschiedeten Änderungen beim Stellenplan wird die CDU sowohl diesem, als auch dem Haushaltsplan zustimmen.

Aufgrund des laufenden Haushaltssicherungskonzepts stehen die Rahmenbedingungen der nächsten Haushaltsjahre bereits im Großen und Ganzen fest. Ich werbe daher für unseren Antrag, die Haushalte ab dem Jahr 2014 jeweils als Doppelhaushalte zu beraten. Wir erwarten dabei vor allem eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und einen effizienteren und effektiveren Einsatz der vorhandenen Personalressourcen. Verwaltung und Politik können dann die hierdurch gewonnenen Freiräume sinnvoll nutzen. Eine Einsparung von Sachkosten und Sitzungsgeldern erwarten wir ebenfalls. Weiter erreichen wir mit einem solchen Vorgehen eine längerfristige Planungssicherheit für Prozesse und Maßnahmen, vor allem aber eine Erleichterung für die

städtische Investitionstätigkeit. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass wir mit einem Doppelhaushalt 2014/15 bereits die nächste Wahlperiode tangieren und dem nächsten Rat somit einen Beschluss vorgeben, allerdings haben wir das mit vielen anderen Entscheidungen auch schon gemacht, vor allem mit dem sehr langfristig angelegten HSK. Hier von einer „Entmachtung“ zu sprechen, Herr Bodenheimer, halte ich für völlig überzogen und deplatziert.

Ansonsten ist zum Haushalt anzumerken, dass eine positive Entwicklung und erste Konsolidierungserfolge dazu führen, dass das Jahresergebnis 2012 deutlich besser ausfällt als erwartet und der Höchstbetrag für Kredite zur Liquiditätssicherung um 30 Mio. auf 150 Mio. € gesenkt werden kann. Ein kleiner Lichtblick bei dem ansonsten nicht ausgeglichenen Plan mit einem voraussichtlichen Defizit zwischen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von über 15 Mio. €.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der gesamten Verwaltung, die nicht nur fleißig ihren Job gemacht haben, sondern auch durch eigene Ideen, mutige Überlegungen und vielleicht sogar Phantasie zur Konsolidierung beitragen und die HSK-Maßnahmen umsetzen.

Ich verzichte an dieser Stelle auf die übliche, jährlich wiederkehrende und über alle Parteigrenzen hinweg geäußerte Schelte am Verhalten von Bund und Land, wobei es auch hier einiges zu sagen gäbe. Nicht zuletzt stellt uns der notwendige aber sehr teure Ausbau der U3-Kindergartenplätze vor große Herausforderungen, vor allem eben finanzieller Art.

Aber wo wir gerade beim Thema Schelte sind: in die Rubrik „Pleiten, Pech und Pannen“ fällt unseres Erachtens momentan das Personalmanagement im Rathaus und die Auskünfte gegenüber der Politik über entsprechende Abläufe und Sachverhalte.

Hier sind die doch recht unangenehmen Begebenheiten um die Besetzung der Leitung des Fachdienstes Personal zu nennen, bei der gleich zwei Klagen gegen die Stadt Lüdenscheid von Mitbewerbern erfolgreich waren und die von der Verwaltung praktizierte Beurteilungspraxis vom Gericht für unangemessen erklärt wurde.

Vor allem ist aber die Vorgehensweise im „Fall Ziemann“ (wenn ich das so nennen darf) alles andere als offen und seriös zu bewerten. Trotz einiger Erklärungsversuche von Herrn Blasweiler in schriftlicher Form und während eines persönlichen Gesprächs, erscheint uns die Darstellung dennoch unplausibel und wenig nachvollziehbar. Die Politik wurde erst am 14.01.2013 - eine Woche vor der entsprechenden Verabschiedung des Stellenplans im Hauptausschuss – über die veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich der Pensionszahlungen in Kenntnis gesetzt, obwohl diese neuen Erkenntnisse nach eigenen Ausführungen des Kämmers bereits seit dem 27.08.2012 vorliegen - mindestens. Schließlich wurde der Stellenplan schon im November in den Rat eingebracht und die Beratungen in den Fraktionen erfolgten bekanntlich sehr zeitnah. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten alle Fraktionen über die geänderte Vorgehensweise der Pensionskasse informiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang darf ich an die Diskussion im Jahr 2011 erinnern, in der wir die Nichtberücksichtigung von Frau Ziemann im Rahmen der Rathaus-Reform scharf kritisiert und auch bereits die Informationspraktiken hinsichtlich ihres Rückkehr-Willens deutlich bemängelt haben.

Im Nachhinein wurde uns auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Gespräche mit Frau Ziemann nur allgemeiner Form waren und ihrerseits kein konkreter Rückkehrwunsch ausgesprochen wurde. Es

seien lediglich Optionen erörtert worden. Weiter wurde unsere Anfrage vom 06.10.2011 so beantwortet, dass unter anderem seit Juni 2011 Gespräche hinsichtlich der Versorgungsfragen geführt würden, da diese Fragen nicht im Hause zu klären seien. Spätestens hier wäre es angebracht gewesen, dass Herr Blasweiler die Gesichtspunkte nochmals hinterfragt und sein Wissen in dieser Thematik aktualisiert. Unerklärlich ist es allemal, dass eine so erhebliche Änderung in der Finanzierung der Versorgungskasse, dem zuständigen Kämmerer und Personaldezernenten über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren verborgen bleibt.

Es ist sicherlich müßig darüber zu philosophieren, ob bei der Rathaus-Reform die Mehrheitsfraktionen andere Entscheidungen getroffen hätten, wenn damals entsprechend korrekt und umfassend informiert worden wäre. Selbst wenn es so sein sollte, erwarte ich keine ehrliche Antwort dazu.

Sehr gespannt bin ich auf die weitere Diskussion bezüglich des Umzugs der VHS und der Musikschule zur Albert-Schweitzer-Hauptschule, nachdem die ursprüngliche Absicht der Ampel bereits ein gutes Stück zurück genommen wurde. Aber jetzt mal ganz ehrlich, Sie werden doch wohl nicht ernsthaft diesen Unfug betreiben wollen, dass der Unterricht der VHS weiterhin im Alten Rathaus stattfindet und die VHS-Verwaltung zur Kaiserallee umzieht?! Und was soll dann mit den Räumlichkeiten in der Musikschule geschehen? Ein weiterer U3-Kindergarten mit Rutsche und Bällebad im Kammermusiksaal?

Gerade die SPD behauptet ja immer wieder gebetsmühlenartig, dass sie unheimlich bürgernah sei. Sie müssen es nur oft genug sagen, dann glauben Sie es vielleicht sogar noch selbst.

Die Realität sieht aber völlig anders aus. Man prescht mit einer Idee vor, merkt, dass der Gegenwind aus der Bevölkerung enorm ist, kassiert ein Stückchen der ursprünglichen Idee und versucht irgendwie, noch etwas von dem anfänglichen Gedanken zu retten – so wie bei der Verwaltung der VHS. Sonst hätte man sich zu weit der Meinung der Opposition angenähert. Das geht natürlich gar nicht. Ich würde vorschlagen, wir warten zunächst die Ergebnisse des Lärmschutzgutachtens ab und suchen dann gemeinsam und in Ruhe – ganz ohne unnötigen Zeitdruck - nach der für die Stadt und die Nutzer der Einrichtungen besten Entscheidung.

Wobei, seit kurzem wissen wir ja, dass ein wichtiges Zitat von Dieter Nuhr bei den Sozialdemokraten durchaus bekannt ist. Und wenn sie sich selbst daran halten, dürfte es in nächster Zeit wohl recht still werden bei der SPD-Fraktion.

Wenig still wird sicherlich die Debatte um die bevorstehende Auflösung der Verbundschule Schöneck. Ich möchte zwar der morgigen Sitzung des Schulausschusses nicht vorgreifen, bitte aber nochmals eindringlich darum, die unumgängliche Standortentscheidung nicht anhand von emotionalen Bindungen für einen Stadtteil, baulichen Gegebenheiten oder finanziellen Auswirkungen zu treffen. Es geht nicht um den Stadtteil Brügge oder den Stadtteil Oeneking, es geht um die langfristige Sicherung einer Grundschule für den gesamten Bereich. Dies ist die klare Auffassung der CDU-Fraktion, abgesehen von Einzelmeinungen. Wir sehen die sehr große Gefahr, auf die die Verwaltung in ihrer Beschlussvorlage sogar deutlich hingewiesen hat, dass (Zitat) „Kinder aus dem Gebiet Frankenplatz/Bayernstraße/In der Mark zu anderen, der Wohnadresse näher liegenden Schulen, abwandern. Unter diesen Voraussetzungen könnte ggfs. eine Zweizügigkeit für den Standort Brügge nicht dauerhaft gegeben sein, womit auch dieser im Bestand gefährdet sein könnte“ Das Risiko ist sehr groß, dass mittelfristig der gesamte Bereich Oeneking/Stüttinghausen/ Brügge gänzlich ohne Grundschule dastehen wird. Daran kann wirklich

niemand hier im Hause Interesse haben und genau das müssen wir verhindern. Heute fängt die Zukunft an und wir sollten sie durch vernünftige Entscheidungen positiv gestalten.

Grundsätzlich sind wir alle aufgefordert, daran mitzuarbeiten, dass unsere Heimatstadt attraktiver wird und in der Stadt des Lichts nicht selbiges ausgeht. Zwar ist mittlerweile bekannt, was einige der hier anwesenden von Visionen halten, der Bürgermeister allen voran. Aber genau diese Visionen sind es, die wir für eine positive Entwicklung unserer Stadt dringend brauchen. Wo geht die Reise hin? Wie schaffen wir es, vor allem junge Familien in unserer Stadt zu halten und deren Abwanderung zu verhindern? Von einem Zuzug möchte ich noch gar nicht träumen. Wie gehen wir mit der Alterspyramide um, dass immer mehr Rentner und Hochbetagte in unserer Stadt leben und auch am öffentlichen Leben teilhaben wollen und sollen? Wie lässt sich der Industrie- und Wirtschaftsstandort Lüdenscheid positiv entwickeln? Wie bekommen unsere Arbeitgeber ausreichend und vor allem gut ausgebildete Fachkräfte? Wie bekommen wir in unsere Stadt mehr Unternehmer, die bereit sind, hier am Standort zu investieren und Verantwortung für ihre Belegschaft zu übernehmen?

Wir sind zwar mit der Fachhochschule und dem Projekt „Phänomenta/Denkfabrik“ auf dem richtigen Weg. Aber wir müssen Antworten finden, wie wir alle gemeinsam weiter auf diesem Weg gehen werden. Die Visionen dürfen nicht mit der letzten Bauphase des Regionale-2013-Projektes beendet sein.

Die CDU Lüdenscheid fordert daher einen langfristig ausgerichteten Masterplan für unsere Stadt. Wir schlagen daher eine überparteiliche Kommission vor, in der die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen unserer Stadt vertreten sein sollten. Vom Kindergarten bis zum Seniorenheim, Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter, Mitglieder von Vereinen und Verbänden und – bei entsprechendem Interesse – natürlich auch Mitglieder der im Rat vertretenen Fraktionen. Die CDU freut sich auf diese spannende Herausforderung und wird sich aktiv an der Gestaltung beteiligen. Es muss eine Eigendynamik entwickelt werden – so ein Projekt, aus dem ein wirklicher Masterplan für die gesamte Stadt entstehen soll, lässt sich nicht per Antrag und Ratsbeschluss erwirken. Die CDU ist dabei und wir sind auch bereit, selbst das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und eine entsprechende Auftaktveranstaltung zu organisieren. Ich lade Sie alle ein, aktiv an der Zukunft unserer Stadt mitzuwirken.

Ich wünsche mir sehr, dass wir bei den anstehenden Entscheidungen gemeinsam zu vernünftigen Lösungen kommen, ähnlich wie bei der Verabschiedung des HSK im letzten Jahr. Schließlich verfolgen wir, das unterstelle ich mal, mehr oder weniger das gleiche Ziel für unsere Stadt. Lediglich bei der Richtung des Weges und der Wahl des Transportmittels haben wir teilweise unterschiedliche Auffassungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.